

bens, z.B. Gesundheitsversorgung und Bildung, so ausgestaltet, dass der Zugang zu ihnen nicht oder kaum von den ökonomischen Ressourcen der einzelnen abhängt. Oder man erschwert, beispielsweise durch die Begrenzung von Wahlkampfspenden, dass ökonomische Vorsprünge direkt in politische Macht übersetzt werden können. Auch lässt sich auf unterschiedliche Weise dazu beitragen, dass die Ansammlung großer Vermögen nicht identisch ist mit der Vermehrung ökonomischer Entscheidungsmacht.

Zum anderen empfiehlt es sich, das Verhältnis von ökonomischer Ungleichheit und allgemeiner Wohlfahrt wie auch das Verhältnis von ökonomischer Ungleichheit und Demokratie neu zu durchdenken. Nicht immer steht ökonomische Ungleichheit der Zunahme von Wohlfahrt der vielen und der Realisierung von Demokratie im Weg. Der riesengroße Fortschritt an

Wohlfahrt und Lebenschancen der vielen, die in der Gesellschaftsgeschichte der letzten zwei Jahrhunderte in unserem Teil der Welt stattgefunden hat, ging nicht mit einem durchgreifenden Abbau von ökonomischer Ungleichheit Hand in Hand. Wo insofern Demokratie gelang, geschah dies nicht auf der Basis ökonomischer Gleichheit.

Es gibt zu denken, dass, wie Piketty zeigt, die Reduktion von Ungleichheit in der ersten Hälfte des 20. Jhdts., zugleich mit tiefen Krisen, verbreitetem Elend, Scheitern der Demokratie und massenhaftem Sterben einherging und mit diesen katastrophalen Seiten moderner Geschichte auch innerlich verbunden war. Es gilt neu zu bedenken oder auch nur in Erinnerung zu rufen, unter welchen Bedingungen ökonomische Ungleichheit der allgemeinen Wohlfahrt und wirklichen Demokratie im Weg steht und wann nicht. Das ist nicht Pikettys Thema, aber sein Buch regt zu solchen Überlegungen an.



Jürgen Kocka

Professor (em.) für Geschichte an der FU Berlin und Herausgeber der NG|FH, war Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Im September erscheint im Verlag J.H.W. Dietz Nachf.: *Arbeiterleben und Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse.*
kocka@wzb.eu

Ralf Stegner

Mehr Gleichheit aus sozialdemokratischer Sicht

Thomas Pikettys Buch *Das Kapital im 21. Jahrhundert* ist sehr beachtenswert, gerade dort, wo es von den ungleichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen speziell in Europa und den USA im historischen Verlauf bis in die heutige Zeit handelt, die der Autor vor allem mit Steuerdaten belegt. Schon allein diese riesige Datensammlung ist ein großer Verdienst.

Entscheidend ist aber seine Analyse: Ungleichheit ist kein zufälliges, sondern ein erwartbares Merkmal des Kapitalismus. Die Vergrößerung der Ungleichheit ist im Kapitalismus die Norm, da Einkom-

men aus Kapital in der Regel stärker wachsen als die Gesamtwirtschaft.

Trotz einiger Kritik, die es am Buch gab und gibt, hat es in den Feuilletons quasi aller politischen Medien, in der Wissenschaft, auch in der Politik eine neuerliche große Diskussion über die klassische Frage nach der Gerechtigkeit in der Vermögensverteilung und das notwendige Maß an Gleichheit angeregt.

Das ist auch nötig, denn die aktuelle Empirie in Deutschland zeigt: Die Vermögensungleichverteilung nimmt aktuell nicht ab. Mit einem Gini-Koeffizienten,

der Maßeinheit für Vermögensverteilung, von 0,78 weist Deutschland im europäischen Vergleich sogar ein besonders hohes Maß an Vermögensungleichheit auf, bestätigte das DIW im vergangenen Jahr

Dabei können die vermögensstärksten 10 % der Haushalte die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich vereinen, so der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2013. Im krassen Gegensatz dazu verfügen knapp 28 % der erwachsenen Bevölkerung über kein oder sogar ein negatives Vermögen. Nach aktuellen Zahlen der Schweizer Großbank UBS teilen sich 19.000 Superreiche in Deutschland ein Nettovermögen von 2,1 Billionen Euro. Fast 60 % dieser Superreichen haben überhaupt keinen Anteil an der Entstehung dieser Vermögen: Sie hatten einfach das Glück, in eine reiche Familie geboren worden zu sein. Wenn es dann auch noch, wie von Piketty beschrieben, zutrifft, dass Kapitalerträge höher ausfallen als die Wachstumsrate, wird sich die Vermögensspreizung zwischen Vermögenden und Unvermögenden also absehbar verstärken, wenn ein Eingriff von außen unterbleibt.

Doch Herkunft darf kein Schicksal sein, dafür hat die Arbeiterbewegung lange gekämpft. Es zu etwas bringen darf in einer demokratischen Gesellschaft keine Frage von Besitz oder Reichtum sein. »Reiche Eltern für alle« war schon lange eine nicht ganz ironische Forderung z.B. der Jusos, wenn die Frage der guten Bildung diskutiert wurde (und die mit Blick auf die Kita-Gebühren auch aktuell bleibt), denn Wohlhabende können sich die Bildung für ihre Kinder aussuchen. Wohlstand für alle ist ein zentrales Versprechen unserer sozialen Marktwirtschaft seit Ende des 2. Weltkriegs. Dies ist und bleibt der richtige Ansatz. Doch wir müssen immer wieder aufs Neue für die soziale Seite der Marktwirtschaft kämpfen – bei der Steuerpolitik, der Regulierung der Finanzmärkte, der Sicherung der Mitbestimmung und dem Zugang zu Bildung.

Gerne zitiere ich hier die klugen Worte

aus dem aktuellen SPD-Grundsatzprogramm, dem Hamburger Programm von 2007: »Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint Gerechtigkeit gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern. Wo die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen die Gesellschaft teilt in solche, die über andere verfügen, und solche, über die verfügt wird, verstößt sie gegen die gleiche Freiheit und ist darum ungerecht. Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. Denn große Ungleichheiten in deren Verteilung gefährden die Gleichheit der Lebenschancen. Deswegen ist die soziale Demokratie notwendig.«

Verteilungskrisen führen leicht zu Identitäts- und Demokratiekrise. In vielen Regionen der Welt sind sie zudem Fluchtursachen. Wenn von den Früchten der Globalisierung nicht auch breite Schichten profitieren, liegt es auf der Hand, dass nationalistische Lösungen aufkommen. Wenn soziale Mobilität, der eigene Aufstieg durch Leistung nicht mehr als reale Möglichkeit betrachtet wird, nimmt außerdem die Leistungsmotivation als Urtrieb der Marktwirtschaft ab.

Um es klar zu sagen: Ich schätze Privateigentum sehr. Es ist eine Grundlage von Freiheit. Und Ungleichheit ist bis zu einem gewissen Grad nützlich für Innovationen und Wachstum – denn sie ist auch ein Motor des Strebens. Doch: Wieviel Ungleichheit verträgt die Gesellschaft? Und: Wie schaffen wir mehr Gerechtigkeit in der Verteilungsfrage? Wie bekommen wir die Schere zwischen Arm und Reich wieder zusammen? Bedeutet soziale Gerechtigkeit immer ein Mehr an Staat? Und: Was folgt aus diesen Antworten für das Programm der SPD? Ich bin überzeugt: Nur eine gerechte Steuerpolitik kann dafür sorgen,

dass die Handlungsfähigkeit der Kommunen, der Länder und des Bundes erhalten bleibt. Wir sollten uns keinen schwachen Staat leisten. Durch Steuern können wir direkt die Verteilung von Einkommen und Vermögen beeinflussen. Wenn wir also die Schuldenbremse einhalten und weiterhin das Primat der Politik behalten wollen führt kein Weg dran vorbei: Wir müssen über die Einnahmeseite reden!

In den vergangenen Jahrzehnten sind vor allem die Gewinnsteuern gesunken, während die Massensteuern (Lohn-, Umsatz-, Verbrauchssteuer) anstiegen, auch prozentual am Gesamtsteueraufkommen. Dies zeigt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Umverteilung nach oben bezahlen. Erinnern wir uns: Der Spitzensteuersatz in der Einkommenssteuer sank von 56 % in den 70er Jahren auf heute 42 % (+3 % Reichensteuer ab 250.000 Euro Einkommen). Gleichzeitig fiel zwischen 1997 und 2007 die durchschnittliche Unternehmenssteuer in den alten EU-Ländern, bedingt durch Standortwettbewerbe und durch eine verfehlte neoliberale Politik) von 38 auf 29 %, in den Beitrittsländern gar von 32 auf 19 %.

Das ist der falsche Weg, denn wir wissen ja: Der Erfolg des Wohlfahrtsstaats sozialdemokratischer Prägung in der zweiten Hälfte des 20. Jhdts. wäre ohne angemessene Besteuerung, vor allem hoher Einkommen und Vermögen, nicht denkbar gewesen. Wenn Ungleichheit abnehmen soll, müssen diejenigen mit den höchsten Einkommen und Vermögen einen deutlich höheren Beitrag leisten, damit in Bildung und in Infrastruktur investiert werden kann. Das bedeutet – ganz im Sinne Pikettys – konkrete Umverteilung:

Eine progressive Vermögensbesteuerung auf internationaler Ebene ist wohl leider ein utopischer Wunsch, wie auch Piketty selbst einräumt. Weniger utopisch ist die Forderung nach Mindeststeuern und Mindestsozialleistungen in allen EU-Mitgliedsstaaten, um die vielbeschworene eu-

ropäische Wertegemeinschaft auch tatsächlich zu verankern. Europa muss außerdem eine Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage einführen, um spekulative Geldanlagen einzuschränken. Und wir müssen stärker gegen Steuerhinterziehung vorgehen. Weitere mögliche Maßnahmen sind höhere Spitzensteuersätze, und, vor allem, gerechte Erbschaftssteuern.

Die Besteuerung von Erbschaften beschäftigte zuletzt auch Deutschlands höchstes Gericht. Die Frage, inwiefern Betriebsvermögen gegenüber anderen Vermögenswerten privilegiert vererbt bzw. verschenkt werden darf, hat ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) klar entschieden. Weiterhin kann der Staat Firmenerben gegenüber anderen Erben privilegieren, solange diese das Unternehmen eine Zeit lang fortführen und Arbeitsplätze erhalten – allerdings nur dann, wenn sie in einer Bedürfnisprüfung nachweisen, dass sie die Steuer nicht verkraften. Diese Prüfung setzt, so plant Finanzminister Schäuble, erst ab einem Wert von 20 Millionen Euro je Erbfall an. Außerdem sollen bis zu 50 % des Privatvermögens zur Begleichung der Erbschaftsteuer herangezogen werden können. Das entspräche dem Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit.

Dass Schäubles Vorschlag offenbar ein annehmbarer ist, sieht man daran, dass Wirtschaftsverbände seit Wochen Sturm laufen und mit der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen drohen. Zu Unrecht: Es gibt keinen Hinweis darauf, dass in Deutschland jemals ein Betrieb erbschaftsteuerbedingt Insolvenz anmelden musste. Dies haben u.a. Gutachter des BVerfG genauso wie der wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministeriums bestätigt.

Die Erbschaftsteuer trug im Jahr 2013 mit 4,7 Milliarden Euro zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Das macht nicht einmal ein Hundertstel des Gesamtsteueraufkommens Deutschlands aus und entspricht mit 0,05 % einem geradezu lächerlich geringen Anteil des privaten Nettover-

mögens, fließt aber immerhin direkt in die Länderhaushalte. Eine Erbschaft ist immer eine leistungslose Vermögensübertragung. Fortschrittlicher Konsens muss deshalb sein, große Erbschaften wieder ins Zentrum der Gerechtigkeitsdebatte zu rücken¹. Denn das ungleich machende Erbe wird im Zeitverlauf weiter ansteigen. Wer hier arm geboren wurde, schaut in die Röhre.

Die SPD hat übrigens bei der letzten Bundestagswahl für ein gutes steuerpolitisches Konzept geworben, das Umverteilung von oben nach unten erreicht hätte. Doch wo finden sich die Mehrheiten dafür? Bei den Menschen sind Steuern negativ belegt. Man spricht von »Steuerlast«, die den Bürgern »aufgebürdet« wird, in »Steuroasen« kann man sich dieser »Bürde« entledigen. Diese falschen Euphemismen müssen wir vermeiden, denn die Sprache bestimmt das Denken. »Steuroase« müsste besser »Gerechtigkeitswüste« heißen.

Natürlich ist aber nicht nur monetäre Umverteilung geboten. Eine Bürgerversicherung ist ebenfalls ein wichtiges Instrument der Sozialpolitik, das Ungleichheit entgegenwirkt, indem es den Zugang aller zu guten Gesundheitsleistungen gewährleistet. Die Politik muss außerdem weiter dafür kämpfen, dass Missstände wie Niedriglöhne, Leiharbeit, befristete Beschäftigung beseitigt werden. In der Auseinandersetzung um den Mindestlohn, der Entgeltgleichheit von Männern und Frauen sowie der Bekämpfung von prekärer Beschäftigung dürfen wir keinen Millimeter zurückweichen. Arbeitseinkommen müssen mindestens genauso steigen wie Kapitalgewinne. Denn es sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den Wohlstand unseres Landes erwirtschaften.

Ich bin mir sicher, dass unsere Demokratie weggefegt wird, wenn wir nicht be-

greifen, dass sie »Volksherrschaft« bedeutet, und dass nicht Rating-Agenturen und Banken darüber entscheiden dürfen, was in einem Land geschieht, sondern die Mehrheit der Menschen, die erkennt, dass Politik darum kämpft für die Mehrheit der Menschen Gerechtigkeit zu schaffen. Eine Bevölkerung, der Bildung, Gesundheitsleistungen und Infrastruktur fehlen, hat nichts von einem schuldenfreien Staat. In Rezessionszeiten braucht es klare staatliche Wachstums-Impulse: Kein Land hat sich je aus einer Rezession herausgespart!

Wenn wir in Europa auf Dauer zulassen, dass in einigen EU-Ländern mehr als die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos sind, riskieren wir dass sie sagen: Bleibt uns mit eurer Demokratie gestohlen!

Wenn Piketty schreibt, die Gesetzmäßigkeiten der aktuellen Vermögensverteilung führe zu einer Form von Ungerechtigkeit, die am Ende sogar die Demokratie gefährdet, dann teile ich diese Analyse. Reiche haben das Kapital, sich Einfluss einzukaufen – über Interessenverbände, über Kampagnen, über gute Dienstleistungen. Doch wenn Interessen nur noch von denen vertreten werden können die viel haben, liegt die Demokratie am Boden! Die Sozialdemokratie muss immer auch Anwältin derer bleiben, die das nicht können. Wenn wir eine Gesellschaft herausbilden, in der nicht die individuelle Leistung durch Arbeit das Einkommen und die Chancen bestimmt, sondern zunehmend ererbtes Vermögen, werden wir als soziale Demokratie scheitern! Mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, weniger Ungleichheit – das ist, wie wir soziale Marktwirtschaft im Kapitalismus gestalten sollten.

¹ Zusammen mit Cansel Kiziltepe habe ich in der FAZ und bei The European zwei Debattenbeiträge mit Vorschlägen zur Ausgestaltung der künftigen Regeln der Erbschaftsteuer geschrieben.



Ralf Stegner

war Finanz- und Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, ist Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und stellvertretender Vorsitzender der Bundes-SPD.

ralf.stegner@spd.de